



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

F/VIII/125 - 1.6.53 Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wir bitten, die neuen Telefon-
anschlüsse zu beachten:
Partei Vorstand: 2 1901-2 1907
Presse Dienst: 2 1831-2 1833

Bonner Querschüsse	S. 1
Die Lage in den Satellitenländern	S. 3
Wachablösung in der Bayernpartei	S. 5
Forderungen der SPD-Frauenkonferenz	S. 7

Bezeichnende Episode

P.R. Das vergangene Wochenende hat eine überraschende und bezeichnende Episode gebracht. Man erfuhr am Sonntag, daß am Freitag Staatssekretär Hallstein vom Bundeskanzler nach Paris geschickt worden war, um mit dem dort amtierenden amerikanischen Sonderbotschafter Bruce zu verhandeln - Bruce ist ständiger Vertreter seiner Regierung bei der Montan-Union und Beobachter beim EWG-Interims-Ausschuß. Die Quelle der Nachricht war der Bonner Vertreter der "New York Times", der am Freitag vom Bundeskanzler empfangen worden war.

Er hätte gemeldet, Hallstein habe Bruce eine Botschaft des Kanzlers überbracht, worin ein Viermächte-Gespräch zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gefährlich für den EWG-Vertrag bezeichnet worden sei. Adenauer habe erklärt: "Es kommt im Augenblick nicht auf das an, was die Sowjets auf einer Konferenz sagen werden (!), sondern auf die Wirkungen, die die Aussichten auf eine Konferenz in Europa haben würden. Das Ziel der Sowjets ist, das Zustandekommen der westlichen Einheit zu verlangsamen".

Eine amtliche deutsche Erklärung bestreitet lediglich, daß eine "Botschaft" übermittelt worden sei. Den Umständen nach nicht sehr glaubhaft, wird versichert, die Unterhaltung habe auf Anregung von Bruce stattgefunden - amerikanische Stellen bestreiten das. Hallstein habe, so sagt man auf Regierungsseite, "in erster

Linie" die Arbeiten zur geplanten europäischen politischen Gemeinschaft (EPG) erörtert. Andererseits wird zugegeben, daß der Staatssekretär Aufschluß über einige mit der Bermuda-Konferenz zusammenhängende Fragen erbat und weiter, daß ernste Besorgnisse im Hinblick auf eine Vierer-Konferenz, von der man nicht wisse, ob sie Erfolg haben werde, geäußert worden sind.

Alles spricht dafür, daß es sich bei der Reise Hallsteins um die Ausführung eines plötzlichen Entschlusses des Kanzlers handelte. Solche ungewöhnlichen Blitzbesuche unternimmt man nicht, um Routinefragen zu besprechen. Es war auch sehr bezeichnend, daß man die Angelegenheit erst mitteilte, nachdem der peinliche Artikel in der "New York Times" bekanntgeworden war. Der Sinn der Reise ist es also offenbar gewesen, neue Hindernisse für die Vermächte-Konferenz zu schaffen, die der Kanzler nicht will. Und wenn jetzt von der Absicht gesprochen wird einen Beobachter der Bundesregierung für die Zeit der Bermuda-Konferenz nach Washington zu entsenden, so muß man befürchten, daß auch er keinen anderen Auftrag haben wird, als den, Schwierigkeiten zu machen, wo alles darauf ankäme, mitzuhelfen, solche Schwierigkeiten zu beseitigen.

Die Politik des Kanzlers geht unverändert von der einzigen Möglichkeit aus, die er sieht: So schnell und so umfangreich wieder aufzurüsten wie nur möglich, um mit der so entwickelten Stärke (in Westdeutschland von 12 Divisionen!) auf die Sowjets einzuwirken, daß sie eines Tages aus der Sowjetzone abziehen. Wenn zur Unterstützung dieser Vorstellung von Regierungsseite auf den kürzlichen "Prawda"-Artikel hingewiesen wird, der den fehlenden guten Willen der Sowjets klar habe erkennen lassen, so ist das eine billige Ausflucht. Denn natürlich weiß man in der Regierung, daß der Kreml, wenn er schon zu einem Abkommen auf höchster Ebene grundsätzlich bereit sein würde, diese Absicht nach seiner ganzen Tradition der Methode "einen Schritt vor und zwei zurück" (oder umgekehrt) aus Prestigebedürfnis unter keinen Umständen als Schwächezeichen gedeutet wissen will. Deshalb die Einfügung immer neuer verzögernder Momente. Ein solches Verfahren, so fragwürdig es nach westlichen Begriffen sein mag, gehört nun einmal zum Stil der sowjetischen Politik. Es ist vernünftiger, es in Rechnung zu stellen, als es zu ignorieren. Aber das zu tun wird nur bereit sein, wer ernsthaft und bald ein Gespräch zu Vieren will.

In den Satellitenländern bleibt alles beim Alten
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Stalins Tod hat in allen Satellitenländern eine Phase der Unsicherheit und Verwirrung bei der stalinistischen Oberschicht geschaffen. Alle offiziellen Communiqués aus Moskau wurden sehr vorsichtig und stets mit mehrtägiger Verspätung wiedergegeben. So z.B. hat das zentrale stalinistische Organ in Polen, "Trybuna Ludu", das Communiqué über die Freilassung der Ärzte erst am 7. April veröffentlicht, obwohl sie schon am 4. in der ganzen Welt bekannt war. Gleichzeitig wurde in allen Satellitenländern die Welle des Terrors verstärkt.

In Polen richtete sich der Terror nicht nur gegen die katholischen Kreise, sondern mit besonderer Wut gegen die oppositionellen Elemente unter den Kommunisten. Es werden in Polen zwei sehr wichtige politische Prozesse angekündigt. Zuerst gab Bierut und später der polnische Minister für das Sicherheitswesen, Radkiewicz, bekannt, daß die Gruppe polnischer Nationalkommunisten mit General Szychalski an der Spitze doch vor Gericht gestellt werden würden. Diese Nachricht birgt jedoch in sich eine rätselhafte Sensation. Die Gruppe der polnischen Nationalkommunisten wurde nicht um General Szychalski, sondern um Wladislaw Gomulka gebildet. Dieser, ein Veteran der polnischen Arbeiterbewegung, ein Mitbegründer der "Polnischen Arbeiterpartei" und Organisator des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Okkupation, war die populärste Persönlichkeit innerhalb der zu Moskau in Opposition stehenden polnischen Kommunisten. Während des Konfliktes zwischen Tito und Moskau hatte er sich auf die Seite Jugoslawiens gestellt, und seine Verhaftung erfolgte auf persönliche Intervention Molotows. Aber inzwischen hat das polnische Regime die Gruppe oppositioneller Offiziere mit General Szychalski, einem Freund Gomulkas aus der Widerstandszeit, verhaftet. Man hatte damals den Eindruck, daß die polnischen Stalinisten die oppositionellen Offiziere opfern wollten, um Gomulka zu retten. Aber dies ist nicht gelungen. Gomulka wurde von der polnischen und auch von der sowjetischen Presse aufs Schärfste angegriffen und zum Symbol der nationalkommunistischen Opposition gestempelt.

Ist Gomulka inzwischen im Gefängnis gestorben oder sind die Warschauer Stalinisten der Meinung, daß jetzt eine größere Chance für die

Rettung seines Lebens besteht - das ist eine Frage, die man stellen mußte, als es plötzlich ruhig um Gomulka wurde und nur General Spychalski erwähnt wurde.

Der zweite angekündigte Prozeß in Polen ist gegen General Komar gerichtet. In der letzten Nummer des zentralen Organs der polnischen Stalinisten "Nowe Drogi" wurde er als Mitverschwörer General Spychalskis bezeichnet. General Komar, ein Veteran der polnischen kommunistischen Bewegung, ein Spanienkämpfer, war nach 1945 der Leiter der Nachrichtenabteilung der polnischen Armee und zuletzt Hauptquartiermeister der polnischen Armee. Er ist jüdischer Abstammung und seine Verhaftung bedeutet eine Bedrohung der Position der ehemaligen Spanienkämpfer, die auch heute noch in Polen zahlreiche verantwortliche Stellen im Staatsapparat und in der Armee bekleiden.

In allen Satellitenländern war die alte, noch zu Lebzeiten Stalins festgelegte Politik weitergeführt worden, sogar unter Fortsetzung der antisemitischen Note. Moskau hat hier eine alte und bekannte koloniale Methode angewendet: Wenn im Mutterland aus irgendwelchen Gründen eine Krise entsteht, versucht man mittels Terror die Abhängigkeit der untergeordneten Länder aufrecht zu erhalten. Inzwischen wurden wichtige wirtschaftliche Schritte von der neuen Regierung in den UdSSR in Bezug auf die Satellitenländer unternommen. Es werden neue Handelsverträge mit allen Satellitenländern abgeschlossen, die weiterhin das Ziel verfolgen, die wirtschaftliche Entwicklung der Satellitenländer der Wirtschaftsplanung der Sowjetunion anzupassen. Zur Zeit entfallen 80 Prozent des sowjetischen Außenhandels auf China und die Satellitenländer in Europa. Die Sowjetunion, Rumänien, Polen, Ungarn, Bulgarien und die Tschechoslowakei nehmen 72 Prozent des chinesischen Exports auf. Auf diese Weise wird hinter dem Rücken der Terrorwelle der Prozeß der wirtschaftlichen Integrierung der Satellitenländer nach dem Tode Stalins nicht nur fortgesetzt, sondern auch in verstärktem Maße vergrößert.

So hat Moskau in den Satellitenländern eine Lage gemeistert, bei welcher im Gegensatz zur Sowjetunion die alte Linie und die alten Methoden restlos beibehalten wurden. Dadurch ist die Hoffnung auf eine mögliche "titoistische" Entwicklung in diesen Ländern gering geworden.

Führungswechsel in der Bayernpartei

K.T.-München

Der sechste Landesparteitag der Bayernpartei, der am Wochenende in Passau tagte, endete mit zwei großen Überraschungen. Viel "Blechmusi" und viele "weiß-blaue Rautenfahnen" waren der äußere Rahmen. Jungbayern in weißen Hemden und blauen Halstüchern bildeten für die rund 350 Delegierten Spalier und ganz in "weiß-Blau" waren die Auseinandersetzungen der Partei. Gewiß, alle Redner rühmten die Treue in den eigenen Reihen, doch jeder wußte, daß dieser Landesparteitag zur Kraftprobe zwischen Alt- und Niederbayern einerseits und den fränkischen Delegierten andererseits werden sollte. Hier Fischbacher - hier Besold, das war die Parole, und noch in letzter Minute versuchte man, angesichts einer zu erwartenden Kampfabstimmung, den Ehrenvorsitzenden und ehemaligen Landesvorsitzenden Prof. Dr. Baumgartner zur erneuten Annahme des Landesvorsitzes zu bewegen. Doch Baumgartner lag zur gleichen Stunde nicht nur im Krankenhaus, sondern lehnte auch ab, "weil dieser Kampf innerhalb der Partei einmal ausgetragen werden muß".

Die Wahl selbst brachte die erste Überraschung, denn der bisherige Generalsekretär der Bayernpartei, Bundestagsabgeordneter Dr. Anton Besold aus Franken siegte mit 48 Stimmen Mehrheit über den bisherigen Landesvorsitzenden Dr. Jakob Fischbacher. Das bedeutet, daß der Überspitzte, zuweilen fast tendenziöse föderalistische Kurs der Bayernpartei einer gemäßigten Gangart weichen muß. Bemerkenswert war die scharfe und klare Absage der Bayernpartei an die CSU, die darin gipfelte, daß man erklärte: "Niemals wird die Bayernpartei sich bereitfinden, mit der CSU eine Fusion einzugehen". Den bayernparteilichen Wählern wird diese Erklärung wohl aus den Herzen gesprochen sein, doch wer hinter die Kulissen sah, weiß, warum es überhaupt zu dieser Absage an die CSU kommen konnte. Lange genug waren die Verhandlungen über ein mögliches Wahlbündnis und einer eventuellen Fusion dieser beiden Parteien Gegenstand geheimer "Round-table-Politik" in München. Wenn es dann trotzdem zu keinem Erfolg kam, dann nur deshalb, weil die CSU einmal die überspitzen Forderungen der Bayernpartei nicht akzeptieren konnte und zum anderen einsehen mußte, daß auch für die Zukunft die SPD in Bayern in der Regierung sitzen wird.

Immer wieder wurde die Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß die

kommende Bundestagswahl für die Partei zu einer Zerreißprobe werden könnte und man nicht überrascht sein dürfe, wenn der ständig zu beobachtende Verlust von Wählerstimmen anhält. Der Kurs, den Dr. Baumgartner begann und Dr. Fischbacher fortsetze, konnte wohl gewisse Anfangserfolge aufweisen, mußte aber zum Niedergang der Partei führen; denn nicht ungestraft kann es sich eine politische Partei erlauben, in unserer Zeit Kirchtumpolitik zu treiben und zu versuchen, das Rad der Geschichte in die geruhame Zeit königlich-bayerischer Eigenstaatlichkeit zurückzudrehen. Schlagworte wie "preussischer Zentralismus", "Unterdrückung und Vergewaltigung Bayerns", "kirchenfeindliche Politik der SPD", "Verrat bayerischer Interessen" und "Aufrufe an das bayerische Volk", wie sie dutzendweis auf dem Landesparteitag gebracht wurden, können wohl die Delegierten zum Beifall bewegen, nicht aber mehr die Wähler. Das hat die Vergangenheit gezeigt und wird auch die Zukunft zeigen. Das "weiß-blaue Rautenfähnlein" wurde in Passau heftig geschwungen, der Reden viel gehalten und der Kampfandrohungen viel ausgesprochen und doch war es mehr ein Parteitag der Unzufriedenen im Lande als das Treffen einer selbstbewußten Partei, weil das bayerische Volk trotz aller Sirenenklänge urbayerischer Mentalität nicht dem "weiß-blauen" Gesang verfallen ist und die BP selbst nicht den Rahmen zu sprengen vermag, der ihr naturgemäß gegeben ist. Daran wird auch der neue Mann, Bundestagsabgeordneter Besold nichts ändern, wenn auch eine gemäßigte Politik der Bayernpartei zu erwarten ist.

+ + +

Etwas voreilig gehandelt

-ler. Vor der richtigen deutschen Wiederaufrüstung erfolgte in den zwanziger Jahren eine getarnte, Unerlaubte Waffenfabriken bestanden in der Weimarer Republik lange bevor sie von staatswegen sanktioniert wurden. Immer fanden sich Händler und Fabrikanten, die unter Umgehung der bestehenden Gesetze in diesem Erwerbszweig lohnende Geschäfte tätigten; der Lohn winkte ja nicht nur in klingender Münze, sondern, was sie damals schon ahnen mochten, in nachträglicher öffentlicher Anerkennung.

War es das Beispiel jener Lieferanten der Schwarzen Reichswehr, das einige Münchner tüchtige Geschäftsleute und Fabrikanten verlockte, noch ehe die deutsche Wiederbewaffnung sozusagen offiziell anläuft, sich auf die Erzeugung und den Vertrieb von Waffen zu stürzen? An Abnehmern scheint es nicht gefehlt zu haben. Die Aufregung um die Münchner Waffenschleibungsaffäre wirkt freilich künstlich, denn die Geschäftsleute und ihre Hintermänner taten nur, allerdings etwas voreilig, wovon sich morgen, wenn es nach dem Willen der Bonner Regierung geht, viele andere ein Riesengeschäft erhoffen. Der Umweg über die Dominikanische Republik wird für das kommende Waffengeschäft allerdings nicht mehr notwendig sein ...

+ + +

Lebenshaltungskosten unerträglich belastet

Die Wünsche und Forderungen der sozialdemokratischen Frauen, die am Wochenende in Köln ihre 4. Zentrale Frauenkonferenz abhielten, fanden in einigen bemerkenswerten Entschlüssen ihren Niederschlag. In einer Entschliessung, die sich gegen die verbraucherfeindliche Politik der Bundesregierung wendet, heisst es:

Die indirekten Steuern, die Umsatzsteuer und verschiedene Zollsätze belasten in unerträglicher Weise die Lebenshaltungskosten.

Die sozialdemokratischen Frauen fordern deswegen den Abbau dieser preiserhöhenden Abgaben bei allen wichtigen Lebensmitteln und Bedarfs-
gütern und eine vernünftige und rechtzeitige Planung der Einfuhr- und Vorratspolitik, sowie eine Import- und Zollpolitik, die den notwendigen Wettbewerb, die freie Konsumwahl und die sich daraus gestaltenden echten Kostenpreise gewährleistet.

Eine solche Politik würde dem Bauern nicht schaden und dem Konsumenten dienen.

Die sozialdemokratischen Frauen protestieren gegen die verbraucherfeindliche Politik der gegenwärtigen Bundesregierung und fordern alle Frauen auf, bei den Bundestagswahlen für eine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament und damit für eine soziale Preispolitik zu sorgen.

Mit besonderem Nachdruck forderte die Konferenz die Freigabe der Kriegsgefangenen

Acht Jahre nach Beendigung der Kampfhandlungen leben noch Tausende von deutschen Gefangenen hinter sowjetischem Stacheldraht, sind 1,3 Millionen Menschenschicksale ungeklärt. Die SPD-Frauenkonferenz ruft mit den Müttern und Frauen der Gefangenen und der Vermissten, mit den Angehörigen der Zivilverschleppten das Gewissen der Welt! Wir fordern die unverzügliche Freilassung aller Gefangenen, Verschleppten und Zivilinternierten und Aufklärung über das Schicksal der Verschollenen und Vermissten.

Keine Grundgesetzänderung

Die Frauenkonferenz begrüsst die feste Haltung der SPD-Fraktion im Bundestag gegen eine Fristverlängerung nach Art. 117 GG und gegen eine Verzögerung der Verwirklichung der vollen zivilrechtlichen Gleichberechtigung. Die Konferenz beauftragte die SPD-Bundestagsfraktion, im Hinblick auf den Artikel 3 des Bonner Grundgesetzes, nach welchem Gleichberechtigung geltendes Recht ist, im Bundestag die Ratifizierung der Genfer Konvention Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit mit Nachdruck anzustreben.

Gegen die Auswüchse der Rationalisierung und Technisierung

Die Frauenkonferenz unterstützte die von den Frauen der sozialistischen Internationale aufgestellten Forderungen zum Schutz der Arbeitnehmer gegen die Auswüchse der Technisierung und Rationalisierung:

1. Mitbestimmung der zuständigen Gewerkschaft bei Rationalisierungsmaßnahmen in Wirtschaftszweigen, Betrieben und Betriebsabteilungen;
2. Verkürzung der Arbeitszeit bei hochrationalisierten Arbeitsmethoden in Fabriken und Büros;
3. Zur Beurteilung der physischen und psychischen Schädigungen hochrationalisierter Arbeitsmethoden muß die Gewerbeaufsicht und die Gewerbemedizin ausgebaut und das Personal speziell geschult werden;
4. Neben den bisher anerkannten Berufserkrankungen müssen auch insbesondere Nervenstörungen und Neurosen, die durch diese Arbeitsmethoden entstehen, als unfallentschädigungspflichtig anerkannt werden.

Staatliche Kinderbeihilfe

Die Bundestagsfraktion möge darauf hinwirken, daß das Gesetz über die staatliche Kinderbeihilfe nach dem von der SPD eingebrachten Entwurf noch von diesem Bundestag verabschiedet wird. Bis zur endgültigen Verabschiedung dieses Gesetzes müßte gefordert werden, den erwerbstätigen Müttern unehelicher Kinder zur Behebung des Notstandes, der entsteht bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit der unterhaltspflichtigen Väter, eine staatliche Beihilfe schon jetzt zu gewähren. Es müßte geprüft werden, aus welchen zur Verfügung stehenden Mitteln die Überbrückung dieses erheblichen Notstandes bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung erfolgen könnte.

Hausfrauenvertreterinnen - Mütterverschickung

Die Konferenz wurde beauftragt, darauf hinzuwirken, daß wie im Aktionsprogramm gefordert, für erkrankte Ehefrauen und Mütter Hausfrauenvertreterinnen eingesetzt werden. Für eine solche Einrichtung, die, wie in Schweden und Dänemark, staatlich oder kommunal verankert sein müßte, sollte eine Pflichtleistung aller Krankenkassen gefordert werden.

Unter Hinweis auf den Sozialplan soll für einen stärkeren gesundheitlichen Schutz der nur familienversicherten Frauen und Mütter gesorgt werden. Aus Gründen der Volksgesundheit und der Erhaltung der Familie müßte die Erholungsverschickung abgearbeiteter und überlasteter Mütter in einem viel weiteren Umfang erfolgen. Diese Forderung sollte sich sowohl an die öffentliche Fürsorge wie an alle Versicherungsträger wenden. Aber auch den karitativen Verbänden wäre nahezu legen, mehr Mittel als bisher für diese eminent wichtige Aufgabe bereitzustellen, und dadurch vorbeugend zum Schutz der Familie beizutragen. Besonderen Anspruch auf Schutz und Hilfe haben jene werdenden Mütter, die nicht in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen.

Die Konferenz bedauerte, daß Frauen im öffentlichen Dienst auch heute noch nur in geringem Maße vertreten sind. Sie forderte eine stärkere Berücksichtigung von Frauen bei der Einstellung von Beamten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau